

Niederschrift

über die 1. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 06.05.2004
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Anwesende: Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
St.R. Ing. Bernhard Wolf
St.R. Mag. Manfred Jenewein
GR. Eva Lungner
GR. Richard Reinalter
GR. Stefan Obderdorfer
GR. Norbert Lettenbichler
GR. Clemens Wechner
GR. Markus Gerstgrasser
GR. Dipl.-Ing. Andreas Pfenniger
GR. Waltraud Handle
GR. Ing. Thomas Hittler
GR. Mag. Martin Hochstätger
GR.-Ers. Johann Georg Unterhuber
GR.-Ers. Christian Riedhofer
GR.-Ers. Christoph Carotta
GR.-Ers. Helen Eberl
GR.-Ers. Mag. Regina Thomann - Krasser

Abwesend und entschuldigt: 2. Bgmstv. Ing. Helmut Wattle
St.R. Konrad Bock
St.R. Hubert Niederbacher
GR. Huber Franz
GR. Mag. Kurt Leitl

Weiters anwesend: Dr. Engelbert Schneider
Walter Gaim
Ing. Konrad Sailer

Schriftführerin: Tina Braun

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Finanzausschusses
(Waldumlage; Verwendung Überschuss 2003; Genehmigung und Finanzierung der Ausgabenüberschreitungen 2003; Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2003; Genehmigung Jahresrechnung 2003)
3. Anträge des Stadtrates
(Vertrag betr. Leichenhalle, Verzicht auf Vor- und Wiederkaufsrecht)
4. Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses
(Örtliche Raumordnung: Überarbeitung Flächenwidmungsplanänderung; Rahmenvertrag raumordnerische Betreuung; Bebauungsplan Perfuchsberg/Zangerl; Bebauungsplan Perjen/Kaufmann-Hauser; Flächenwidmungsplanänderung Klösterle; Flächenwidmungsplanänderung Perfuchs;
Verkehrsregelung: Halte- und Parkverbot Riefengasse; Halte- und Parkverbot Venetweg; Ladezone Maisengasse; Ladezone Malser Straße 74; Aufhebung Zufahrtsbeschränkung Urichstraße 5; Erweiterung Kurzparkzone Urichstraße Zone E;
Auftrag städtische Bepflanzung 2004/2005)
5. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
(Erweiterung Bezirkshauptmannschaft – Vereinbarung; Parkplatzvermietung an Fam. Wiederin)
6. Anträge, Anfragen und Allfälliges
7. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge werden Frau Mag. Regina Thomann-Krasser als Ersatzmitglied des AAB, Herr Christoph Carotta als Ersatzmitglied der ÖVP und Herr Christian Riedhofer als Ersatzmitglied der SPÖ angelobt.

Sodann geht er auf die Erledigung der Tagesordnung über:

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2003 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Anträge des Finanzausschusses**

St.R. Jenewein verliest nachstehende Anträge des Finanzausschusses:

a) Waldumlage

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Umlage zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für das Forstaufsichtsorgan gem. § 12 der Tiroler Waldordnung, LGBl. 29/1979, für 2003 mit 50 % für den Wirtschaftsaufwand und mit 35 % für den Wald mit mittlerer Schutzfunktion einzuheben.

Laut beiliegender Berechnung muss die Gemeinde Landeck von den gesamten Forstaufsichtskosten (Personalkosten 2003 einschließlich Dienstgeberbeträge für Waldaufseher Schlatter Werner **41.417,05** **82,34** % selbst tragen, die restlichen 17,66 % werden auf die Waldeigentümer umgelegt. Die Gesamtumlage beträgt somit **7.315,37**.

Mit diesem Antrag ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

b) Verwendung Überschuss 2003

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, den Überschuss aus dem Rechnungsjahr 2003 in Höhe von € 122.979,01 wie folgt zweckgebunden zu verwenden:

Budget Wirtschaftsausschuss	€ 7.000,00
Straßeninstandhaltung zusätzlich	€ 10.000,00
Erweiterung Lagerflächen Wirtschaftshof	€ 5.000,00
Teilfinanzierung Zubau Altenwohnheim	€ 50.000,00
Umbau Schloss Landeck	€ 50.000,00
Rest Verwendung für diverse Ausgaben	€ 979,01

GR. Mag. Hochstätger kritisiert das Budget für den Wirtschaftsausschuss und das Budget für den Umbau Schloss Landeck. Für den Wirtschaftsausschuss seien für den Anfang € 7.000,- zu viel und beim Umbau Schloss Landeck gibt er zu bedenken, dass man noch nicht wisse, in welchem Kostenrahmen man sich bei diesem Umbau befinde, da die Grundlage für eine genau Kostenschätzung noch fehle.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Budget für den Wirtschaftsausschuss im Finanzausschuss besprochen wurde und derzeit könne man auch noch nicht beurteilen, wie viel finanzielle Mittel man benötige. Zum Schloss Landeck gibt er an, dass auch für die anderen sechs Posten in diesem Antrag keine Kostenschätzung vorliege.

GR. Handle gibt an, dass sie mit den € 7.000,- glücklich sei, es sei aber von € 10.000,- die Rede gewesen. Der Handlungsspielraum sei mit € 7.000,- sehr klein und sie fragt an, ob im Bezug auf den Frischemarkt schon was auf dem Tisch liege, da dieser mit Subventionen gefördert werden müsse.

Der Vorsitzende teilt mit, wenn es sich herausstelle, dass die € 7.000,- nicht ausreichen, werde man sich darüber im Gemeinderat beraten. Im Bezug auf den Frischemarkt teilt er mit, dass man hierfür bereits das Budget separat vorgesehen habe.

GR. Mag. Hochstätger findet es gut, dass man das Schloss Landeck renoviere, aber dass man das Geld jetzt schon dafür vorsehe, findet er nicht gut. Er findet es vernünftiger, wenn man das überschüssige Geld für Projekte vorsieht, die bereits im Laufen sind.

Der Vorsitzende akzeptiert diese Meinung von GR. Mag. Hochstätger.

GR. Lunger gibt an, dass das Museum sehr alt sei und es sei nie renoviert worden. Die Eingangssituation müsse geändert werden. In weiterer Folge nimmt Frau GR. Lunger Stellung zu einer Anfrage des AAB. Diese Anfrage und die Stellungnahme dazu, wird dieser Niederschrift als Bestandteil beigegeben.

Nach kurzer weiterer Debatte wird über den vorliegenden Antrag abgestimmt und ergibt sich somit 12 Pro- und 6 Contrastimmen.

c) Genehmigung und Finanzierung der Ausgabenüberschreitungen 2003

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, nachstehende Mehrausgaben des Rechnungsjahres 2003 wie folgt zu bedecken:

Mehrausgaben	2.663.989,00
Unterschreitungen bei Ausgaben	1.217.526,00
Mehreinnahmen	1.446.463,00

Die Aufgliederung liegt dem Antrag bei.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

d) Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2003

GR. Mag. Hochstätger gibt den Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2003 ab, dieser wird diesem Protokoll als Bestandteil beigegeben.

Der Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2003 wird einstimmig angenommen.

e) Genehmigung Jahresrechnung 2003

St.R. Mag. Jenewein gibt nachstehenden Bericht zur Jahresrechnung 2003 ab:

Ich möchte den Jahresabschluss 2003 in einigen Bereichen in einen etwas größeren Rahmen stellen und dabei wichtige Kennzahlen aus dem Gemeindebudget auch über einen längeren Zeitraum beachten.

Entwicklung des Gemeindehaushaltes 1992 bis 2004

Die oberste Linien zeigen die Entwicklung des Gemeindehaushaltes in den letzten 12 Jahren, größere Steigerungen gab es in den Jahren 1995 bis 1998, verursacht durch große außerordentliche Investitionen wie Wasserversorgungsanlagen, n, Sportplatzsanierung, Sportgebäude, Sanierung Malsersstraße, Neugestaltung Autobusbahnhof, Fußgängerbrücke, Stadtsaal, Beteiligungen Venet Seilbahn AG, Funpark, Parkgarage; Grundkäufe für Friedhof, Ankauf Handelsschulgebäude, weitere Spitze 2001 durch überdurchschnittliche Investitionen im Wasserleitungs- und Kanalbau.

Die Linien der Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt decken sich beinahe zu 100 %, die Steigerung im ordentlichen Haushalt entspricht in etwa der Geldwertänderung, überdurchschnittliche Steigerungen von bis zu 10 % in den Jahren 1993, 1996, 1997, 2001 und 2002.

Die Linien des Außerordentlichen Haushaltes heben ebenfalls jene Jahre hervor, in denen Großprojekte realisiert wurden.

Der Anstieg bei den Ausgaben im Jahr 2004 ist in erster Linie durch die geplanten Großprojekte Alterhseim-Umbau und Klösterle verursacht.

Ordentliche Ausgaben nach Haushaltgruppen

In den einzelnen Haushaltgruppen gibt es eine relativ unauffällige und konstante Entwicklung. Erwähnenswert ist jedoch der Anteil der Finanzwirtschaft, von 2002 auf 2003 um 5 Prozentpunkte auf 17 % gewachsen, die positive Ursache – Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt in der Höhe von 610.922,40; im Jahr 2002 waren es 88.121,61.

Entwicklung der Haushaltsgruppen in %, Vergleich 1953, 1963, 1973, 2003

Wir haben uns hier die Ausgaben des Gemeindebudgets nach Haushaltsgruppen angeschaut und das Jahr 2003 mit einigen ausgewählten Jahren (vor 50 Jahren, vor 40 und 30 Jahren) verglichen. Auf den ersten Blick erkennt man die starke Zunahme bei der sozialen Wohlfahrt (Altersheim) und den Dienstleistungen (Wasser, Müll, Kanal, Bauhof, Straßenreinigung, Parken etc.).

Auch wenn diese einzelnen Zahlen nur „Blitzlichter“ sind, zeigen sie doch wie dramatisch sich die Aufgaben (und damit der Aufwand) einer Gemeinde innerhalb weniger Jahrzehnte geändert haben.

Ordentliche und außerordentliche Ausgaben nach Haushaltsquerschnitten

Diese Grafik zeigt sehr deutlich, was in unserem Budget „die großen Brocken“ sind und soll helfen, die einzelnen Positionen in ihrer Dimension und im Größenverhältnis zueinander zu verstehen.

Erfreulich ist, dass bereits gesetzte Sparmaßnahmen erste Erfolge zeigen: die Erhöhung der Personalausgaben betrug nur 2,93 %, gleichzeitig gab es Einsparungen bei Ge- und Verbrauchsgütern und dem Verwaltungsaufwand von bis 5,40 %.

Nettoergebnis der fortdauernden Gebarung im Verhältnis zu den ordentlichen Einnahmen

Das Nettoergebnis, das ist der freie Handlungsspielraum, ist trotz der Sparmaßnahmen auf das Niveau von 1992 gesunken.

Wichtigste Konsequenz daraus: die Haushaltungsentwicklung ist genau zu beobachten, weitere Sparmaßnahmen sind notwendig.

Eine Erhöhung des Spielraumes ist aus meiner Sicht nur dann möglich, wenn sich alle Beteiligten – also wir gewählte Mandatäre, und zwar alle, nicht nur der Finanzausschuss oder der Finanzreferent, sondern alle Ausschussobleute und Mitglieder gemeinsam mit dem MitarbeiterInnen im Haus bemühen, noch effizienter und besser zu arbeiten.

Ich weiß schon, dass es mühsam und anstrengend ist, sich immer die gleichen Fragen „was kostet das“, „Kann man das günstiger erledigen“, und „Haben wir das Geld dafür“ zu stellen – wir können uns diese Fragen aber nicht ersparen.

Abgabenertragsanteile und eigene Steuern im Verhältnis zu den ordentlichen Einnahmen

In den letzten Jahren gab es teilweise sprunghafte Erhöhung der ordentlichen Einnahmen

- ⇒ bis 1999 beinahe synchron ansteigende Abgabenertragsanteile und eigene Steuern
- ⇒ ab 1999 Einbruch durch Entfall der Getränkesteuer und relativ starker Anstieg bei den Ertragsanteilen durch den Getränkesteuersatz
- ⇒ ab 2001 Rückgang bei Abgabenertragsanteilen und eigenen Steuern

Schuldendienst, Schuldenstand und Neuverschuldung: 1992 – 2004

Den niedrigsten Schuldenstand gab es 1994 mit ca. 4 Mio., diese Zahl ist durch starke Investitionstätigkeit in den Jahren 1995 bis 1998 auf einen Höchststand von ca. 14 Mio. im Jahre 1999 angewachsen. Durch Einschränkung im Investitionsbereich konnte der Schuldenstand bis zum Jahre 2003 kontinuierlich verringert werden, Schuldenstand per 31.12.2003 **13.170.174,00**.

Der Schuldendienst und die Neuverschuldung haben sich entsprechend dem Schuldenstand und der Investitionstätigkeit entwickelt. Für den Schuldendienst wurden im Jahr 1994 € 700.510 aufgewendet, im Jahr 2003 waren es € 1.132.812.

Verschuldungsgrad: 1992 - 2004

Zur Ermittlung des Verschuldungsgrades wird die Differenz zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben dem Schuldendienst gegenüber gestellt. Der Verschuldungsgrad wird daher nicht nur von der Höhe des Schuldendienstes sondern auch von der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben beeinflusst.

Die ausgewiesenen 43,66 % Verschuldungsgrad entsprechen einer mittleren Verschuldung. Der Verschuldungsgrad lt. Voranschlag 2003 hat noch 50,48 % betragen. *niedrigster Verschuldungsgrad im Jahr 1996 mit 17,79 %*
höchster Verschuldungsgrad im Jahr 1999 mit 48,04 %

Der hier sichtbare Anstieg im Jahr 2004 hat wieder mit den Großprojekten zu tun. Mit Ende 2004 würden wir also einen Verschuldungsgrad von 60 % erreichen. Damit ist nach derzeitigem Stand der Dinge nicht zu rechnen, wir werden aber mit großer Wahrscheinlichkeit die 50 %-Marke überschreiten.

Personalkosten mit und ohne Altenheim im Verhältnis zu den ordentlichen Ausgaben

Die Grafik zeigt eine kontinuierliche Entwicklung der Personalkosten. Die Personalkosten sind in den letzten 12 Jahren jährlich um 4,11 % gestiegen. Von 2002 bis 2003 durch Sparmaßnahmen nur mehr um 2,93 %.

Hat der Anteil des Altersheimes im Jahr 2002 noch 31,88 % betragen, so beträgt der Anteil des Altenheimes im Jahr 2003 39,02 %. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die zunehmende Pflegelastigkeit des Altenheimes.

Zusammenfassung:

Diese Bestandsaufnahme der Finanzsituation zeigt eindeutig, dass die finanzielle Lage der Stadt alles andere als rosig ist.

Das hängt zum einen damit zusammen, dass sich die von uns nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen (Finanzpolitik von Bund und Land) verschlechtert haben. Wenn es beispielsweise bei den Finanzausgleichsverhandlungen nicht gelingt, eine Besserstellung der Gemeinden zu erreichen, dann werden wir von oben ausgehungert (und gleichzeitig mit immer mehr Aufgaben betraut). Allein die Finanzierung der heute beschlossenen Steuerreform der Bundesregierung würde die Stadt Landeck geschätzte € 200.000,- kosten – wenn dafür kein Ausgleich geschaffen wird.

Die andere Seite sind überdurchschnittliche Investitionen durch die Gemeinde in den letzten Jahren – Investitionen in wichtige Einrichtungen der Stadt, die in diesem Gemeinderat zumeist einstimmig beschlossen wurden und die sich die meisten von uns schon heute nicht mehr wegdenken können und wollen (Schwimmbad, VS Perjen, Sportplatz, Venet, Parkgarage und viele mehr). Ich bitte alle KollegenInnen auch, hinter diesen in den letzten Jahren gefällten Entscheidungen und ihren Folgewirkungen zu stehen, im Wahlkampf ist das nicht immer gelungen, in den nächsten Jahren sollte es aber doch wieder für alle möglich sein.

Wie schon gesagt – eine Verbesserung der finanziellen Situation wird es nicht geben in dem wir einen irgendwo versteckten Goldschatz der Gemeinde entdecken, sondern in dem wir uns alle nach Kräften bemühen, effizient unsere Arbeit zu machen.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich in den nächsten Jahren um jede einzelne Kostenstelle kümmern und bemühen werde, meinen Teil zu einer Verbesserung der Finanzsituation zu leisten. Dafür haben uns die Leute gewählt und dafür werden wir auch bezahlt. Ich lade alle Gemeindemandatäre und alle Mitarbeiter der Stadtgemeinde Landeck dazu ein, dabei mitzuhelfen.

Abschließend bedanke ich mich im Namen des Finanzausschusses bei allen, die für dieses gute Jahresergebnis verantwortlich sind, den Obmännern der Ausschüsse, die darauf geachtet haben, dass die Budgetansätze im Wesentlichen eingehalten und die Mittel sinnvoll verwendet wurden. Bei allen MitarbeiterInnen im Haus, vor allem aber bei Stadtkämmerer Walter Gaim und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzabteilung.

Ein besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des Überprüfungsausschusses unter den Obleuten Roland König und Martin Hochstätger, welche die Gebarung der Gemeinde das ganze Jahr überprüfen. Bei den Mitgliedern des Finanzausschusses bedanke ich mich für die gute und sachliche Zusammenarbeit.

GR. Mag. Hochstätger bedankt sich bei St.R. Mag. Jenewein für die Ausführungen. Zur Wirtschaftsförderung teilt er mit, dass es ideal wäre, wenn man diese Mittel hernehme, um neue Betriebe in Landeck anzusiedeln. Die Einnahmen wurden 2001 und 2002 weniger. Im übrigen bedankt sich Mag. Hochstätger bei den Mitgliedern des Finanzausschusses und bei den Mitarbeitern im Haus.

2. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf gibt nachstehende Rede zur Jahresrechnung 2003 ab:

Der Rechnungsabschluss 2003 fällt aus meiner Sicht und der SPÖ Fraktion positiv aus. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten wird ein Überschuss in der Höhe von € 122.979,04 ausgewiesen. Zudem wurden dem außerordentlichen Haushalt € 610.922,40 zugewiesen. (414.361,65 Landesmusikschule, 135.104,83 Alten- und Pflegeheim, 23.055,93 Abwasserbeseitigung, 38.400,- Radwege)
Verschuldungsgrad ist auf ca. 43 % gestiegen. Diese relativ gute Entwicklung der Stadtfinanzen konnte trotz nicht bester Rahmenbedingung erzielt werden. Betrachtet man nämlich die Kommunalsteuer, so muss man leider feststellen, dass sich der Trend der jüngsten Vergangenheit fortsetzt, sie ist leicht rückläufig. Auch die Ertragsanteile nach der Bevölkerungszahl entwickeln sich negativ. Sie sind von € 3.534.147 im Jahr 2002 auf € 3.287.411 im Jahr 2003, also um € 246.736,- gefallen. Leicht rückläufig sind leider auch die Parkgebühren. Darin ist aber eine kleine Unterstützung der Landecker Wirtschaft versteckt, da wir doch bei vielen Veranstaltungen und auch an den Einkaufssamstagen des Advents auf die Einhebung der Parkgebühren in der Parkgarage und teilweise auch im Stadtzentrum verzichten. Eine positive Entwicklung nahmen von 2002 auf 2003 die Ertragsanteile der Werbeabgabe, diese erfuhren letztes Jahr eine Steigerung um 25,94 % auf € 26.541. Wenn ich an die Diskussion um die Abschaffung dieser Steuer denke, hoffe ich dass der Bund einen besseren Ersatz als bei der Getränkesteuer liefert.
Trotz der rückläufigen Entwicklung auf der Einnahmenseite glaube ich, dass wir in der Lage waren, die wesentlichen Verpflichtungen als Gemeinde zu erfüllen. So wurden doch der Weg ins Gramlach, die innere Fischerstraße und die Malserstraße Süd Sanierung und gleichzeitig die Wasserleitungen und die Kanalisation erneuert. Erneuert wurde dabei auch die Straßenbeleuchtung, wobei großen Wert auf energiesparende Maßnahmen gelegt wurde.
Von der Bevölkerung besonders positiv bewertet wird die Gehsteigverlängerung und die Verkehrsregelung in der Verkehrsinsel bei der Bahnübersetzung.

Auch für die Umwelt wurden Ausgaben getätigt, die nicht selbstverständlich sind. So gibt es weiterhin eine Förderung für Solaranlagen, € 18.700 wurden als Bewirtschaftungsprämie ausgeschüttet, und für die Bekämpfung des Feuerbrandes und der Miniermotte übernahm die Gemeinde alle Kosten. Durch den Vertrag mit dem Verkehrsbund Tirol wurde eine verbesserte Linienführung des Citybusses erreicht, aber auch eine Erniedrigung der Kosten.

Eine wichtige Einrichtung für Landecks Jugend ist der Venet und wie ich heuer feststellen konnte auch für Landecker Senioren. Wir haben die Venet Seilbahn AG mit dem jährlichen Darlehen bedient. Auf demselben Budgetposten unter dem Titel wirtschaftspolitische Maßnahmen hatten wir für den FH-Lehrgang eine einmalige Förderung von € 10.000 vorgesehen. Leider haben wir diese nicht ausgeben können, da die hohe Politik im Bund und Land von einer solchen Einrichtung in Landeck nicht überzeugt werden konnte. Auch auf sozialem Gebiet haben wir über unsere Hausaufgaben hinaus wichtige Initiativen unterstützt, wie zB die Tagesmütter mit € 13.400 und das Lebenshilfehaus mit einem Baukostenzuschuss von € 11.000. Nebenbei möchte ich erwähnen, dass der Behindertenbeitrag, den wir an das Land leisten müssen, nicht wie veranschlagt € 161.000, sondern € 230.000 betrug. Als ehemaliger Kulturreferent möchte ich bzw. muss ich zu den Beanstandungen des Prüfungsausschusses Stellung nehmen, der vorschlägt, dass künftig die Ansätze einzuhalten sind.

Als ich vor vielen Jahren das Kulturreferat übernahm, war es mein Bestreben, diese Ansätze einzuhalten. Mein Vorgänger überschritt es um 100 %.

Ich glaube, dass im letzten Jahr in der Gemeinde ordentlich und verantwortungsvoll und erfolgreich gearbeitet wurde. Daher wird die SPÖ Fraktion der Jahresrechnung 2003 ihre Zustimmung geben. Abschließend darf ich mich bei allen Bediensteten des Hauses für ihre ordentliche und fleißige Arbeit bedanken. Besonders bedanke ich mich beim Bürgermeister Engelbert Stenico, beim Stadtamtsleiter Dr. Engelbert Schneider und beim Stadtkämmerer Walter Gaim.

GR.-Ers. Carotta findet, dass das Budget harmlos dargestellt sei, in Wirklichkeit sei die Situation noch viel dramatischer. Außerdem weist er darauf hin, dass es keinen Überschuss gegeben hätte, wenn man alle vorgesehenen Projekte ausgeführt hätte und der Brand in Perjen nicht aufgetreten wäre.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Projekte die nicht ausgeführt wurden, im außerordentlichen Haushalt seien und nicht im ordentlichen Haushalt.

GR.-Ers. Mag. Thomann-Krasser teilt im Namen des AAB mit, dass sie dem Antrag ihre Zustimmung geben wurde.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Ausschussmitgliedern, den Obleuten und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus. Er erklärt, dass wenn es auf Bundesebene so weitergehe, dann nehme man der Gemeinde immer mehr Mittel weg. Auch beim Land spüre man die Sparmaßnahmen sehr. Seit heuer gebe es auch ein Notarztsystem und dies müssen nun auch die Gemeinden mitfinanzieren. Die Gemeinden sind die größten Investoren und Jahr für Jahr nehme man den Gemeinden die Möglichkeit, Investitionen zu tätigen und dies habe dann Auswirkungen auf die

Arbeitslosigkeit. In Landeck sei die Einnahmenquelle am geringsten und es müsse auch vom Gesetzgeber Maßnahmen getroffen werden.

In weiterer Folge übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf, um in dessen Abwesenheit über den vorliegenden Rechnungsabschluss diskutieren zu können. Sodann verlässt der Bürgermeister den Sitzungssaal.

Für die von Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf durchgeführte Abstimmung ergibt sich Einstimmigkeit.

Pkt. 3) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehende Anträge des Stadtrates an den Gemeinderat:

a) Vertrag betr. Leichenhalle

Der Stadtrat hat in seinen Sitzungen vom 06.04. und 27.04.04 beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, den beigeschlossenen Vertrag mit der Firma Dellemann betreffend der Leichenhalle abzuschließen.

b) Verzicht auf Vor- und Wiederkaufsrecht

In EZ. 1586 GB 84007 Landeck besteht das Vor- und Wiederkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck. Nachdem der Hälfteigentümer Anton Strobl verstorben ist, hat die Erbin Gerlinde Strobl um Löschung des gegenständlichen Vor- und Wiederkaufsrechtes ersucht.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 27.01.2004 mit diesem Ansuchen befasst und beantragt diesem stattzugeben und sich mit der grundbücherlichen Löschung einverstanden zu erklären.

Für die Anträge vom Stadtrat ergibt sich Einstimmigkeit.

Pkt. 4) der To.: **Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- und Verkehrsausschusses, St.R. Ing. Wolf, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge an den Gemeinderat:

a) Überarbeitung Flächenwidmungsplanänderung

Aufgrund der Bestimmungen im §107, Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz hat jede Gemeinde innerhalb von zwei Jahren nach dem In-Kraft-Treten des Örtlichen Raumordnungskonzeptes den Flächenwidmungsplan neu zu erlassen.

Nach Beratungen in der Sitzung vom 7. April 2004 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Auftrag für die Gesamtüberarbeitung des Flächenwidmungsplanes an das Büro Arch. F. Falch, Landeck, zu vergeben. Mit dieser Beauftragung sind alle in den letzten Jahren erfolgten Beauftragungen an das Büro Arch. F. Falch im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes gegenstandslos.

Die Nettoauftragssumme beträgt € 20.500,-- exkl. Nebenkosten. Der Auftrag beinhaltet alle für die Überarbeitung notwendigen Grundlagenerhebungen, digitalen Erfassungen und Plandarstellungen, die notwendigen Beratungen und Sitzungen mit den politischen Gemeindegremien, sowie Vorbereitung und Durchführung der Bürgerbeteiligung bis zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung durch das Amt der Tiroler Landesregierung.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

b) Rahmenvertrag raumordnerische Betreuung

Die laufende raumplanerische Betreuung der Stadtgemeinde Landeck wird seit vielen Jahren durch das Büro Arch. Friedrich Falch wahrgenommen. Die Abrechnung von Leistungen die keinem Projekt eindeutig zuordenbar sind bzw. die Teilnahme an Sitzungen war nie konkret geregelt und soll deshalb auf eine für beide Seiten zufriedenstellende Basis gestellt werden. Der vorliegende Rahmenvertrag definiert die für die laufende Betreuung zu erbringenden Leistungen und die Höhe des Nettoentgeltes.

Teilnahme an Sitzungen und Begehungen	€ 275,--
Vorprüfung eines Projektes	€ 495,--
telefonische Auskünfte	unentgeltlich

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 7. April 2004 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, vorliegenden Rahmenvertrag mit dem Büro Arch. Friedrich Falch zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

c) Baubauungsplan Perfuchsberg/Zangerl

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 7. April 2004 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes „A47/E1 PERFUCHSBERG – Zangerl/Kain“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2001), betreffend der Gpn. 922/1 und 922/2 gemäß §65 ff TROG 2001, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahme einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

d) Bebauungsplan Perjen Kaufmann/Hauser

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 7. April 2004 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf über die Änderung eines Teilbereiches des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes „Perjen 1“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 97), betreffend der Bpn. 309 und 310, gemäß §66 ff TROG 97, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahme einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

e) Flächenwidmungsplanänderung Klösterle

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 26. April 2004 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, die Auflage und den Entwurf für nachstehende beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes zu beschließen, wobei der Entwurf jedoch nur dann rechtswirksam wird, wenn hierzu innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen von einer berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden:

Umwidmung einer Teilfläche der Gp. 1858 und die Bp. .478 von Verkehrsfläche-Parkplatz in Bauland/Kerngebiet (gem. §40 Abs. 3 TROG 2001) laut beiliegendem Änderungsplan.

Der beabsichtigten Umwidmung liegt die Stellungnahme und der Änderungsplan des Stadtbauamtes zugrunde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

f) Flächenwidmungsplanänderung Perfuchs

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 26. April 2004 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, die Auflage und den Entwurf für nachstehende beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes zu beschließen, wobei der Entwurf jedoch nur dann rechtswirksam wird, wenn hierzu innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen von einer berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden:

Umwidmung einer Teilfläche der Gp. 512/5 von Bauland/Wohngebiet in Sonderfläche Kinderspielplatz (gem. §43 Abs. 1 TROG 2001) laut beiliegendem Änderungsplan.

Der beabsichtigten Umwidmung liegt die Stellungnahme und der Änderungsplan des Stadtbauamtes zugrunde.

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

g) Verkehrsregelung

Nach erfolgten Beratungen in den Sitzungen vom 21. Oktober und 4. Dezember 2003 sowie vom 7. April und 26. April 2004 werden vom Planungs- und Verkehrsausschuss untenstehende Verkehrsregelungen beantragt.

Halte- und Parkverbot Riefengasse

In der Riefengasse wird beginnend von der Kreuzung Römerstraße-Riefengasse bis Ende des Schulkomplexes ein beidseitiges Halte- und Parkverbot beschlossen (siehe Beilage A).

Halte- und Parkverbot Venetweg

Beginnend von der Garage auf der Gp. 2075/1 wird bis Ende der Garage auf der Bp. 1407 wird der Ostseite des Venetweges ein Halte- und Parkverbot beschlossen (siehe Beilage B).

Ladezone Maisengasse

Auf Ansuchen der Wirtschaftskammer wird in der Maisengasse gegenüber der Bäckerei eine Ladezone für maximal zwei PKW bzw. einen LKW beschlossen (siehe Beilage C).

Ladezone Malser Straße 74

Vor dem Objekt Malser Straße 74 wird eine Ladezone beschlossen (siehe Beilage D).

Erweiterung der Kurzparkzone E in der Urichstraße und Aufhebung der Zufahrtsbeschränkung in Richtung Urichstraße 5

Die neu errichteten Stellplätze (ausgenommen die verpachteten) entlang der nördlichen Grenze des Fußballplatz beim Kindergarten Urichstraße werden in die Kurzparkzone E aufgenommen und die bestehende Zufahrtsbeschränkung (Fahrverbot ausgenommen Anrainer) aufgehoben (siehe Beilage E).

Die Verkehrsregelungen werden vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

f) Auftrag städtische Bepflanzung 2004/2005

Vom Stadtbauamt wurde auch heuer wieder ein Angebot von der Firma Gärtnerei Kurt Hammerle, für die alljährliche Bepflanzung der städtischen Grünanlagen, eingeholt.

Die Bepflanzung wird wie im Vorjahr zum Gesamtpreis von € **16.714,75** angeboten.

Nach Behandlung in der Sitzung vom 07.04.04 wird der Gemeinderat um Beschlussfassung der Auftragsvergabe an die Firma Hammerle ersucht. Die Kosten sind im heurigen Budget gedeckt.

Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Antrag einstimmig einverstanden.

Pkt. 5) der TO.: **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt GR. Ing. Thomas Hittler den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Bau- und Wasserausschusses:

a) Erweiterung Bezirkshauptmannschaft - Vereinbarung

Im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau der Bezirkshauptmannschaft fand am 9.12.2003 ein Gespräch zwischen dem Bezirkshauptmann und dem Bürgermeister statt, bei welchem folgende Angelegenheiten besprochen wurden.

1. Vereinbarung vom 9.2.1981 über die Parkplatznutzung auf dem Parkdeck:

Im Einreichprojekt für das Bauvorhaben der Bezirkshauptmannschaft sind auf dem Parkdeck gegenüber dem neuen Haupteingang 2 Behindertenparkplätze ausgewiesen. Der Bau- und Wasserausschuss hat in seiner Sitzung am 27.11.2003 diesen Behindertenparkplätzen unter der Bedingung zugestimmt, dass damit die in der Vereinbarung vom 9.2.1981 enthaltenen Parkplatznutzung durch die Bezirkshauptmannschaft Landeck aufgehoben wird.

Dr. Kohler ist mit dem Verzicht des für die BH vorgesehenen Dauerstellplatzes nicht einverstanden, weil das Land Tirol seinerzeit einen erheblichen Kostenbeitrag zum Parkdeck geleistet hat. Es wird vereinbart, dass anstelle der vier, für BH-Besucher reservierten Stellplätze nur ein Behindertenparkplatz ausgewiesen wird.

2. Baugrubensicherung im Bereich des öffentlichen Straßengrundes:

Nachdem das Untergeschoss an die Straßenfluchtlinie der Innstraße angrenzt, muss die Baugrubensicherung (genagelten Spritzbetonwand) im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche errichtet werden.

Es wird vereinbart, dass beim Wiederverfüllen der Baugrube diese Wand bis 2 m unter dem Straßenniveau sofort abgetragen wird. Somit ist gewährleistet, dass bei Leitungsverlegungen im Straßenkörper bis zu dieser Tiefenlage keine Mehrkosten entstehen.

Das Land Tirol verpflichtet sich darüber hinaus zur Übernahme der Kosten für den Abtrag und der Entsorgung der Baugrubensicherung, wenn diese bei einem zukünftigen Bauvorhaben auf der öffentlichen Gemeindestraße im Wege steht.

3. Wiederherstellung der Straße mit dem Gehsteig:

Mit dem gegenständlichen Erweiterungsbau muss die Fahrbahn der Innstraße beginnend beim südlichen Ende des Erweiterungsbau bis zur Einmündung in die Landesstraße L76 verschwenkt werden. Weiters wird vom heutigen Haupteingang bis zum Beginn der Wohnanlage ein neuer Gehsteig errichtet. Wie in den bisherigen Gesprächen vereinbart, übernimmt die Stadt die Kosten der Straßewiederherstellung im Einmündungsbereich der Innstraße bis zum südlichen Pfeiler des heutigen Haupteinganges. Der restliche Teil der Innstraße einschließlich dem Gehsteig bis zum südlichen Ende des Erweiterungsbau einschließlich der Wiederanbindung an den Bestand wird vom Land Tirol übernommen.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13.4.2004 mit diesem Besprechungsergebnis befasst und stimmt diesem vollinhaltlich zu. Der Behindertenparkplatz soll unterhalb des Parkscheinautomaten ausgewiesen werden, weil dort die Möglichkeit besteht, die restlichen Stellplätze um die erforderliche Mehrbreite für den Behindertenparkplatz (ca. 1 m) nach Norden abzurücken, sodass kein zweiter Stellplatz verloren geht.

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

b) Parkplatzvermietung an Fam. Wiederin

Die Fam. Wiederin hat bei der Stadt um die Anmietung des im Vorjahr von der Fam. Schenk gekündigten Autoabstellplatzes hinter dem Kino angesucht.

Der Bau- und Wasserausschuss ist mit der Vermietung dieses Platzes an die Gesuchssteller zu den üblichen Pachtbedingungen der Stadt einverstanden, wobei der monatliche Mietzins dem Preis der ersten Anwohnerparkkarte (€ 10,90 incl. MWSt.) entsprechen soll.

Mit diesem Antrag erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 6) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

1. Der Vorsitzende berichtet, dass im Juni ein Vortrag von Frau LR. Hosp über das Gemeinderecht stattfindet.
2. St.R. Ing Wolf berichtet, dass er Bilder im Bezug auf den Umbau vom Bahnhof Landeck habe, diese Bilder könne jeder ansehen.
3. GR.-Ers. Carotta berichtet, dass es mehrere Anfragen von Eltern gebe, bezüglich dem Hepatitis Fall in der Schule. Er fragt an, ob es Möglichkeiten gebe die Eltern besser darüber zu informieren.

Der Vorsitzende gibt an, dass bereits der Amtsarzt und der Schularzt informiert seien und die Eltern seien mittlerweile schon darüber informiert worden.

GR. Mag. Hochstätger teilt mit, dass es jedes Jahr eine große Impfkation mit den Apotheken gebe. Durch die vermehrte Reisetätigkeit werde die Möglichkeit solche Krankheiten zu verbreiten immer größer.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG